

Pressemitteilung

Einwendergemeinschaft rüstet sich für Rechtsstreit

Mainz, 23.11.2008. Die Einwendergemeinschaft für eine kohlefreie Region (EG KoMa) bereitet sich auf einen möglichen Rechtsstreit vor, der für den Fall eines positiven Vorbescheides für das in Mainz geplante Kohlekraftwerk unausweichlich wäre.

Auf einer Versammlung haben die 70 anwesenden Anteiler der Einwendergemeinschaft einstimmig, ohne Stimmenthaltung einer Nachschusspflicht in Höhe von 25 Euro pro Anteiler zugestimmt. Insgesamt hat die Einwendergemeinschaft über 600 Anteiler. „Anders als das Wort ‚Nachschusspflicht‘ annehmen lässt, wird allerdings niemand gezwungen seinen Beitrag zu zahlen, sondern es steht jedem Anteiler frei, die Einwendergemeinschaft noch vor dem Nachschuss zu verlassen“, betont Kerstin Steuerwald, Geschäftsführerin der EG KoMa und berichtet weiter: „Viele Anwesende haben sogar erklärt, dass sie mehr Geld spenden möchten. Die Entschlossenheit, das geplante Kraftwerk nicht hinzunehmen war ausgesprochen groß und hat uns sehr gefreut.“

Dem Beschluss, die Kassen der Einwendergemeinschaft wieder zu füllen, ist ein Bericht über die bisherige Arbeit der EG KoMa voraus gegangen. Mit 60.000 Einwendungen konnte im Februar 2008 ein sehr deutliches Zeichen dafür gesetzt werden, dass die Menschen in Mainz und Wiesbaden nicht bereit sind, den Bau eines neuen Kohlekraftwerks widerstandslos hinzunehmen. Im Rahmen des Erörterungstermins haben die Kohlegegner die Gelegenheit genutzt, sehr fundiert ihre Kritikpunkte an dem Projekt zu Protokoll zu geben. Dabei standen dank der Gelder der Einwendergemeinschaft auch ein Gutachter und ein Anwalt zur Verfügung, die dabei halfen, die Schwachstellen des KMW-Antrages – und derer gab und gibt es zahlreiche – herauszuarbeiten und im Juristen-Deutsch der Genehmigungsbehörde zu erläutern.

Seit dem Erörterungstermin im Mai beobachten die Kohlegegner das Genehmigungsverfahren sehr aufmerksam, beispielsweise durch zahlreiche Akteneinsichten bei den zuständigen Genehmigungsbehörden. Auch die von der Genehmigungsbehörde beauftragten Gutachten werden aufmerksam studiert. „Dabei fällt immer öfter auf, dass Presseverlautbarungen der SGD Süd zu Gutachten und der tatsächliche (äußerst kritische) Inhalt der Gutachten sich immer mehr von einander entfernen“, kritisiert Steuerwald. „Dieses Verhalten des Präsidenten der SGD Süd lässt uns fürchten, dass er gewillt ist, trotz der von ihm beauftragten Gutachten, die zu klar negativen Ergebnissen gelangen, das Kohlekraftwerk durchzuwinken.“

Doch dieses Verhalten steigert eher die Kampfeslust auf Seiten der Einwendergemeinschaft. „Wir sehen nach wie vor zahlreiche Gesichtspunkte, wieso das Kohlekraftwerk in Mainz nicht genehmigungsfähig ist“, erklärt Steuerwald. „Sollte sich die SGD Süd hierüber hinweg setzen, muss ihr klar sein, dass dies einer gerichtlichen Klärung möglicherweise nicht Stand halten wird. Und diese Warnung sollte auch die KMW ernst nehmen. Eine Genehmigung, die durch Kungelei zu Stande kommt, ist nicht viel wert. Wer mit einem solchen Vorbescheid (sollte er kommen) anfängt zu bauen, sollte mindestens eine Rücklage für den Rückbau der getätigten Baumaßnahmen einstellen!“